



Bonn, 25. November 2022

Bericht zur 9. Jahresversammlung von SDSN Germany

**Deutschlands ökologischer Fußabdruck im In- und Ausland:
Was die Spillover-Effekte deutscher Politik für das Erreichen der 2030-Agenda bedeuten**

Am 10. November 2022 kamen zum neunten Mal Vertreter*innen der Mitglieds- und Partnerorganisationen, des Lenkungsausschusses, des Erweiterten Lenkungsausschusses sowie aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Jahresversammlung von SDSN Germany zusammen. Im Zentrum der diesjährigen Versammlung standen sogenannte „negative Spillover-Effekte“. Diese werden als unerwünschte externe wirtschaftliche, soziale, ökologische und sicherheitspolitische Ausstrahlungseffekte von Industrieländern wie Deutschland auf andere Länder, insbesondere solche im globalen Süden, verstanden und können und damit die Bemühungen letzterer, die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zu erreichen, untergraben.

Die thematische Einführung in das Thema erfolgte durch **Prof. Dr. Christian Kroll (IU International University of Applied Sciences)**. Er betonte die globale Verantwortung eines jeden Landes, sich nicht nur auf eigene Fortschritte zu konzentrieren, sondern auch die Auswirkungen seines Handelns im Ausland zu verstehen, zu messen und sorgfältig zu steuern. Während Deutschland beim [SDG-Index-Ranking des Sustainable Development Reports](#) regelmäßig sehr gut abschneide (2022: Platz 6 von 163), sehe es mit Blick auf das [Spillover-Ranking](#) (2022: Platz 149 von 163) anders aus. Das müsse sich dringend ändern. Er erklärte, dass es auf Grund sehr komplexer Beziehungen zwischen Ländern und einer nicht ausreichenden Datenlage sehr schwierig sei, Spillover-Effekte zu messen. Die Effekte ließen sich jedoch grob in vier Kategorien unterteilen: *environmental and social spillovers embodied into trade, direct cross-border flows in air and water, spillovers related to economic and financial flows* sowie *peacekeeping and security spillovers*. Konkrete Beispiele für negative Spillover-Effekte seien die Auslagerung emissionsintensiver Produktionsprozesse oder die Duldung schlechter Arbeitsstandards in internationalen Lieferketten. Außerdem bestünden zum Teil starke Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Arten von Spillover-Effekten. Um diesen negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, seien vor allem die vier Bereiche *SDG financing, technical cooperation and SDG diplomacy, national targets and instruments* und *accountability, data, and statistics* von großer Bedeutung. Insbesondere das Fehlen von Daten und Statistiken und die mangelnde Qualität dieser machten es jedoch schwierig für ein Problembewusstsein auf diesem Gebiet zu sorgen und Politik und Wirtschaft zum Handeln zu bewegen. Allerdings seien genau Politik und Wirtschaft auch in der Verantwortung zur Verbesserung der Datenmenge und -qualität beizutragen.

Um Problembewusstsein und Verantwortungsbereitschaft ging es auch im ersten Panel: Gemeinsam mit **Dr. Ingolf Dietrich (BMZ)** und **Dr. Eva Kracht (BMUV)** wurde ein Blick auf Deutschlands negative Spillover-Effekte und die Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung geworfen.



Negative Spillover-Effekte haben sowohl für die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft in Deutschland als auch im globalen Süden eine hohe Relevanz. Das BMZ beschäftigt sich daher schon seit längerem mit dem Thema. So unterstützte das Ministerium die Entwicklung entsprechender Messgrößen für diese Effekte und wirkte darauf hin, dass sich diese auch im SDG-Monitoring des jährlich erscheinenden Sustainable Development Report widerspiegeln. Des Weiteren stärkte das BMZ Deutschlands globale Verantwortung durch die Bekämpfung unfairer Bedingungen in globalen Lieferketten. Es engagierte sich beispielsweise in verschiedenen Multi-Akteurs-Partnerschaften für einen global fairen und nachhaltigen Handel, wie dem Bündnis für nachhaltige Textilien. Insbesondere das durch das BMZ entwickelte staatliche Siegel „Grüner Knopf“ wurde herausgestellt. Dieses prüft systematisch, ob Unternehmen Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihren Lieferketten übernehmen. In den Aufgabenbereich des BMUV falle beispielsweise das Recht auf Reparatur. Dieses hebt die Lebensdauer und Reparierbarkeit als erkennbare Produkteigenschaft hervor. Wie im Koalitionsvertrag 2021-2025 vereinbart, setze sich das Ministerium verstärkt für die Durchsetzung ambitionierterer Maßnahmen mit Blick auf dieses Recht ein und leiste dadurch einen Beitrag zum Ressourcenschutz und dem Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft.

Beide Panelist*innen betonten, es sei nicht tragbar, dass die Wirtschafts- und Lebensweisen der OECD Ländern zu Lasten des globalen Südens gingen. Die Aussprache der G7-Handelsminister*innen während der diesjährigen deutschen Präsidentschaft für verbindliche Regeln für stabile und nachhaltige globale Lieferketten bewerteten sie jedoch positiv. Es stehe außer Frage, dass Handel eine wichtige Quelle für Einkommen und Wohlstand, insbesondere auch in den Ländern des globalen Südens, sei. Es ginge jedoch darum, dass reiche Länder und insbesondere auch die EU als Ganzes ihre internationalen Bemühungen, die Ursachen von negativen Spillover-Effekten zu bekämpfen, verstärkten. Insgesamt sei es auch wichtig, mit den betroffenen Ländern zusammen zu analysieren, wo diese die Hauptprobleme sehen und in diesen Bereichen gezielt die Datenlage zu verbessern.

Im zweiten Panel stand die Frage im Fokus was, über die bestehenden Ansätze hinaus, passieren müsse, damit sich der negative Fußabdruck Deutschlands im Ausland verringert. Die Panelist*innen **Dr. Karl-Eugen Huthmacher (Germanwatch)**, **Teresa Kersting (Statistisches Bundesamt)**, **Prof. Dr. Holger Görg (Kiel Institut für Weltwirtschaft)**, **Jonas Schubert (Terre des Hommes Deutschland e.V.)** und **Prof. Dr. Ursula Schröder (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik)** teilten, vor dem Hintergrund ihrer Arbeitsschwerpunkte, ihre Perspektiven mit der Runde. Dabei bestand Einigkeit, dass es mehr Klarheit darüber brauche, welche negativen Spillover-Effekte Deutschland produziert. Um diese zu verringern, sei es nötig Kohärenz zwischen den schon bestehenden und noch zu entwickelnden Instrumenten zu schaffen. Eine zentrale Rolle spielten hier die Daten. Während das System of Environmental-Economic Accounting (SEEA)¹ einen guten makroökonomischen

¹ Das SEEA ist ein ab 1993 von der UN-Statistikkommission entwickelter Standard zur Erfassung des ökologischen Zustandes von Volkswirtschaften.



Informationsrahmen biete und Vergleichbarkeit der Zusammenhänge von Umwelt und Wirtschaft zwischen den Nationen möglich mache, werde das Potential des SEEA noch nicht voll ausgeschöpft. Bis jetzt berechne das Statistische Bundesamt Deutschlands ökologischen Fußabdruck in den Bereichen Rohstoffe, Energie sowie CO₂-Emissionen in Konsumprodukten und Flächenbelegung von Ernährungsgütern – dies allerdings nicht regelmäßig. Obwohl es eine starke Nachfrage danach gebe, könne man dieser, aufgrund zu weniger personeller Ressourcen sowie zahlreicher gesetzlicher, prioritärer Pflichtberichterstattungen, nicht nachkommen.

Ebenfalls einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass das 2021 verabschiedete Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz einen wichtigen Meilenstein darstelle. Dieses verpflichtet deutsche Unternehmen dazu, entlang ihrer Lieferkette Verantwortung für die Arbeitsbedingungen und den Schutz der Umwelt zu übernehmen. Da immer mehr multinationale Unternehmen ihre Produktion ins Ausland verlegten, zum Teil auch um Auflagen im ökologischen und sozialen Bereich zu umgehen, sei auch die Präventivwirkung, die das Gesetz habe, wichtig. Von politischer Seite sollten Unternehmen die Vorteile, die das Lieferkettengesetz auch für sie mit sich bringe, klarer gemacht werden und Kooperationen zwischen diesen und Zulieferern, welche Menschen- und Arbeitsrechte einhielten, unterstützt werden. Während diverse Menschenrechte von negativen Spillover-Effekten direkt betroffen seien, könne die Pflicht der Staaten, sich an ebendiese zu halten, auch dabei helfen, Spillover-Effekte zu verringern. Denn es sei so, dass Staaten nicht nur die Pflicht haben, die Menschenrechte in ihrem eignen Territorium zu beachten, sondern auch im Bereich anderer Länder zu berücksichtigen. Darüber hinaus solle der Menschenrechtsansatz beim Monitoring von SDGs insgesamt eine stärkere Rolle spielen und auch Deutschland sich in seinen Umsetzungsstrategien für die SDGs zu diesem bekennen.

Mit Blick auf negative Spillover-Effekte im Bereich internationaler Sicherheit, zu denen insbesondere der Handel mit Waffen und die organisierte internationale Kriminalität zählen, wurde deutlich, dass die Indikatorik in diesem Bereich einer grundlegenden Überarbeitung bedarf. So werde derzeit beispielsweise kein Unterschied gemacht, ob Waffenlieferungen dem Krieg oder der Friedenssicherung dienen. Doch auch wenn die aktuelle Messung der Spillover-Effekte in vielerlei Hinsicht den komplexen Situationen auf Empfängerseite noch nicht gerecht werde, biete sie eine wichtige Grundlage, um die Thematik grundsätzlich zu beleuchten. SDSN Germany plant nach dieser ersten Veranstaltung mit Blick auf Deutschlands negative Spillover-Effekte im Ausland auch künftig für das Thema zu sensibilisieren, es mit dem Netzwerk zu bearbeiten und im Rahmen der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie voranzutreiben.